

Die Unentschlossenen nicht allein lassen

Von Anetta Kahane

Der Schock von Halle steckt uns noch in den Knochen. Genauso wie der Mord an Walter Lübcke. Dass Hass und permanentes Aufheizen der Stimmung Tod und Verderben bringen, hat sich hier erbarmungslos gezeigt. Wer sich daran beteiligt hat und trotz der Toten immer weiter hetzt, trägt Mitverantwortung. Ob aktiv gedroht oder beschimpft wurde, oder Hasstiraden anderer auf den eigenen Blogs oder Social Media Accounts geduldet und gelobt wurden, ist dabei egal. Wer diese Tatsache benennt, dessen Worte werden von der AfD ins Gegenteil verkehrt. Ihre Strategie ist es, solche Vorwürfe einfach umzudrehen. So wie überhaupt das Umdrehen von Tatsachen eine ihrer gängigsten Formen von Provokation und Hasssprache sind. Wenn die demokratische Öffentlichkeit darauf reagiert, ist das übliche Vorgehen der AfD, sich als Opfer darzustellen, als verfolgte Unschuld oder zu Unrecht Beschuldigte. Diese teilweise infantile Kommunikationsstrategie steht jedoch in direktem Verhältnis zu Aggression und Gewalt, die Menschen trifft. Und das, was wir erlebt haben, oftmals tödlich.



© Peter van Heesen

Gegen Hass helfen keine Gesetze. So etwas lässt sich in einer Demokratie nicht verbieten, solange es nicht gegen geltendes Recht verstößt. Es ist auch schwer vorstellbar, dass Menschen, die mit derartigen Methoden bewaffnet ihre rassistischen und antisemitischen Vorstellungen vor sich hertragen, durch Argumente zu erreichen sind. Was aber in der Auseinandersetzung mit menschenfeindlichen Ideologien erreicht werden kann, ist, die Unentschlossenen nicht allein zu lassen. Genau das ist Aufgabe der demokratischen Zivilgesellschaft. Der große Riss, von dem immer die Rede ist, zeigt sich zwischen Vernunft und Fanatismus, zwischen Realität und Ideologie, zwischen Menschlichkeit und kaltem Zynismus. Die zivile Gesellschaft richtet sich gegen das Unzivil. Egal, wo es auftaucht. In der Familie, in der Schule, im Büro, im Betrieb. Streiten ist gut, wenn Streit möglich ist. Dafür braucht es Bildung, Prävention, Anerkennung von Engagement, Expertise und Schutz für diejenigen, die die Abwertung des Anderen nicht als allgemeingültige Kultur in ihrem Umfeld, in Deutschland haben wollen. Das bedeutet viel, sehr viel Arbeit. Und dafür braucht es ebenso viel Unterstützung. Umso schwerwiegender ist es gerade in dieser Situation, dass zahlreiche Projekte der Zivilgesellschaft ihre Arbeit wohl einstellen müssen, weil sie keine Fördermittel der Bundesregierung mehr erhalten. Denn es ist die Zivilgesellschaft, die in einer Krise der Parteiendemokratie verhindert, dass sie zu einer Krise der Demokratie insgesamt heranwächst. Dieselbe zivile Gesellschaft, die die demokratische Grundordnung beschützt, muss hinnehmen, dass hunderte wichtige und gute Projekte nicht wissen, wie es weitergeht. So wichtig wie die Rolle der demokratischen Zivilgesellschaft ist, so enorm steht sie unter Druck. Auch aus den Parlamenten, die die AfD nutzt, um Projekte einzuschüchtern. Was wir brauchen, sind gerade jetzt Menschen, die uns verlässlich unterstützen. Partner, die verstehen, dass etwas Großes auf dem Spiel steht: die Unabhängigkeit derer, die den Geist des Grundgesetzes schützen, die sich in Vereinen, Verbänden oder Stiftungen organisieren und Minderheiten schützen. Damit weitere Todesopfer, angestachelt durch Hass in welcher Form auch immer, verhindert werden können. Bitte unterstützen Sie uns dabei, Projekte und Initiativen weiter zu ermutigen, zu beraten und zu fördern.



**Vereint
gegen
den Hass**

Tausende Menschen versammeln sich vier Tage nach dem rechtsterroristischen Anschlag von Halle in Berlin.

© snapshot photography F Boillot

Angst, Hass, Wut: Im Netz der Desinformation

Von Patrick Gensing

»Flüchtlinge« in München! Wie lange wollen wir eigentlich das noch dulden?« Die alltägliche Dosis Wut liefert Anfang November ein Video, das zeigen soll, wie Flüchtlinge in der bayerischen Hauptstadt randalieren. Fast zur selben Zeit behauptet ein AfD-Bundestagsabgeordneter, mehrere Staaten hätten Reisewarnungen für Deutschland herausgeben. Die AfD-Politikerin Alice Weidel veröffentlicht ein Video, in dem zu sehen ist, wie sie bei einer Rede einen Mann aus dem Saal werfen lässt, weil er ihr mit einer »Kopf-ab-Geste gedroht habe.

Eine Republik im Ausnahmezustand?

Deutschland 2019 – Chaos und Gewalt auf den Straßen, Morddrohungen gegen AfD-Politiker und Manipulationen bei Wahlen? Nicht ganz. Das Video der vermeintlichen Flüchtlinge in München ist nicht neu, sondern aus dem Jahr 2018, und zwar aus Florenz. Ob es sich um Flüchtlinge handelt, ist unklar. Zu sehen ist eine Gruppe Männer, einige von ihnen werfen große Blumenkübel um. Es handelte sich um wütende Proteste, zuvor hatte ein 65-jähriger Italiener einen schwarzen Menschen erschossen. Alice Weidel hat ihr Video mit der angeblichen Drohung schnell wieder gelöscht, denn Journalisten konnten den vermeintlichen Täter ausfindig machen. Es handelte sich um einen AfD-Sympathisanten, der Husten hatte und sich auf die Brust geklopft hatte. Die Morddrohung, von der rechtsradikale Blogs aufgeregt berichteten, hatte es nicht gegeben. Auch diverse Behauptungen zu einer angeblich rasant steigenden Kriminalität lassen sich nicht belegen, vielmehr ist das Risiko, Opfer einer Straftat zu werden, deutlich gesunken. Doch solche Fakten dringen in viele Filterblasen nicht vor. Menschen, die sich in digitalen Parallelgesellschaften bewegen, verändern ihre Wahrnehmung: In ihrem Alltag erscheinen brutale Verbrechen an der Tagesordnung. Sie glauben offenkundig wirklich, in einer Krisenregion am Rande des Bürgerkriegs zu leben. Doch dieser Ausnahmezustand lässt sich in der Realität kaum erleben. Schwere Verbrechen und Terrorismus sind eben nicht an der Tagesordnung und es existieren keine Reisewarnungen für Deutschland, auch wenn die AfD das behauptet. Die Diskrepanz zwischen der alternativen Realität im Netz, die auf Desinformation und Propaganda basiert, und einer rationalen, faktenbasierten Betrachtung der Welt führt zu enormen Spannungen. Denn viele Menschen, die glauben,

in Deutschland herrsche nur noch Mord und Totschlag, weil kriminelle Ausländer wüteten, bauen diese Wahrnehmung kaum auf eigene Erfahrungen auf, sondern auf zweifelhafte Berichte im Netz. So gaben Teilnehmer von rechten Demonstrationen auf Nachfragen beispielsweise an, noch nie einen Flüchtling gesehen zu haben. Solche Widersprüche verstärken wiederum die Gier nach Fake News, die das eigene Weltbild bestätigen. Fake News wirken somit fatal: Sie beruhigen kurzfristig die Zerrissenheit und kognitiven Dissonanzen, die sie selbst verursachen – kurbeln aber gleichzeitig Angst, Hass und Wut weiter an.

Verschwörungslegenden liefern Sündenböcke

Die gezielten Falschmeldungen funktionieren dabei als Teil von größeren Narrativen: Der Mythos von der »Umvolkung« beispielsweise, der Antisemitismus und Rassismus verbindet und sich zu einer alles verbindenden Verschwörungslegende entwickelt hat. Die schlichte Erklärung für den komplexen Bereich Migration lautet demnach: Strippenzieher wie der jüdische Milliardär George Soros oder der Zentralrat der Juden planten angeblich, die christlichen Völker zu zerstören. Ihre mächtigsten Waffen seien Masseneinwanderung und der Islam; Migranten und Muslime werden als »Invasoren« diffamiert. Die Botschaft dahinter: Diese Menschen kommen nicht als Flüchtlinge oder Migranten, die Schutz brauchen oder nach einem besseren Leben streben, sondern als Soldaten einer feindlichen geheimen Macht. Daher sei Widerstand legitim und notwendig. Die Dauererregung durch Fake News und Hetze scheint in Teilen der Öffentlichkeit eine Art Massenhysterie auszulösen. Attentäter töten Menschen, weil sie felsenfest davon überzeugt sind, ihr Land gegen eine von Juden gesteuerte Invasion verteidigen zu müssen. Diese Wahnvorstellung verbindet die Attentäter von Christchurch, Halle und weiteren Anschlägen. Vor dem Angriff auf eine Synagoge in Pittsburgh erklärte der Täter, er könne nicht weiter zuschauen, wie sein Volk von »Invasoren«, die von Juden ins Land geholt würden, abgeschlachtet werde. Der Attentäter von Halle sagte, Feminismus führe zu weniger Geburten, deswegen gebe es Masseneinwanderung – und hinter all diesen Problemen stecke »der Jude«. Solche Verschwörungslegenden bieten einfache Erklärungen für komplexe Phänomene – und liefern konkrete Sündenböcke. Sündenböcke, die Ziel von Terroristen werden. Die Flut von Desinformation und Propaganda, sie

verunsichert und verwirrt Menschen – und zerstört faktenbasierte Diskussionen. »Es sind die Leute, die innerlich so durcheinander gebracht sind, daß sie kritiklos auf jede Hetze reagieren und jeden Schwindel glauben, der ihnen von skrupellosen Spektakelmachern vorgesetzt wird«, schrieb die »Frankfurter Zeitung« 1929 zum Aufstieg der Nationalsozialisten. Der Historiker Benjamin Carter Hett analysierte, viele Deutsche hätten Hitler unterstützt, da die Nazis eine rationale, faktenorientierte Welt ablehnten. Fake News und Verschwörungslegenden sind nicht nur ein Ärgernis in Schmutzdeckeln des Internets, sondern eine Bedrohung für die Demokratie und eine reale Gefahr für Menschen. Ignorieren kann keine Option sein.

Patrick Gensing ist Nachrichtenredakteur bei tagesschau.de. Dort leitet er seit 2017 die Redaktion »ARD-Faktenfinder«. Sein Buch »Fakten gegen Fake News« ist im Duden-Verlag erschienen.

Demokratie in Gefahr

Handreichung zum Umgang mit der AfD

Die radikale Rechte setzt die offene Gesellschaft unter Druck. Exemplarisch dafür steht die Geschichte der AfD als Geschichte einer stetigen Radikalisierung, bis hin zum öffentlichen Schulterschluss mit Rechtsextremen bei den Ausschreitungen in Chemnitz. Die rechtsradikale Partei einen nicht nur Rassismus und Antifeminismus, sondern auch die Ablehnung unserer demokratischen Gesellschaft. Welche Handlungsmöglichkeiten haben all diejenigen, die von Diffamierungen und Angriffen betroffen sind? Die Publikation »Demokratie in Gefahr« demaskiert die Strategien der rechtsradikalen Partei und bietet praxisnahe Hilfestellung an. Sie kann bei der Amadeu Antonio Stiftung bestellt werden. Wer noch mehr erfahren will, findet unseren Podcast zum Thema auf www.amadeu-antonio-stiftung.de/podcast. Viel Spaß beim Anhören.



Von der Spitzenfabrik zur gelebten Utopie



Sie machen Grimma bunter: Carolyn Reg'n und Sarah Schröder im Dorf der Jugend. © Kira Ayyadi

Es ist ein Dienstag im November im sächsischen Grimma, grau und feucht. Eine lange Straße ist gesäumt von Laternen, auf denen rote Sticker kleben. Darauf ein grimmiger Smiley mit Daumen nach unten, umrandet von dem flüchtlingsfeindlichen Schriftzug »Asylantenheim? Nein Danke!«. Die Straße führt zur alten Spitzenfabrik. Hier ist das »Dorf der Jugend« zu Hause. Eine von Jugendlichen geschaffene Utopie in der sächsischen Provinz.

Auch am Dienstagmittag ist hier einiges los. Menschen arbeiten in der Werkstatt. Jugendliche meistern mit ihren BMX-Bikes den Parkour auf der Skatebahn. Drei Hühner tapsen im Gemüsegarten umher. Außerdem sind Carolyn Reg'n und Sarah Schröder heute im »Dorf der Jugend«. »Ach, da sind schon wieder Nazi-Sticker?« fragt Carolyn. Sie betreut das Jugendprojekt als Sozialarbeiterin. »Die wurden doch erst letzte Woche abgeknibbelt«, ärgert sich die junge Frau mit den Dreadlocks.

Bei den Landtagswahlen kam die AfD in Grimma auf über 30 Prozent der Stimmen. Natürlich ist das Verfängen von rechtsradikaler Propaganda kein rein ostdeutsches Phänomen, doch besonders hier, im ländlichen Raum, scheinen sich menschenfeindliche Einstellungen verfestigt zu haben. Eine Ursache ist die sterbende Jugendkultur und Jugendsozialarbeit auf dem Land. Die 19-jährige Sarah, eine der engagierten Jugendlichen des Dorfprojekts, meint: »Hier gibt

es einfach nicht viele Möglichkeiten für junge Menschen.« Wo Sozialarbeit für junge Menschen nicht mehr finanziert wird und wegfällt, entsteht ein Vakuum. Das spielt Rechtsextremen in die Hände. Besonders die sogenannte »Neue« Rechte geht gezielt in ländliche Regionen, in denen Angebote für junge Menschen stetig schrumpfen, um rechtsextreme Alternativen zu schaffen. Das »Dorf der Jugend« ist in dieser Entwicklung ein herausragendes Gegenbeispiel.

Schaut man sich auf dem Areal der alten Spitzenfabrik um, wird schnell klar, welche Einstellung die Jugendlichen hier haben, sie ist auf den bunten Graffiti und auf Stickern zu lesen. Die jungen Menschen setzen sich für eine offene Gesellschaft und gegen rechtsradikales Gedankengut ein. Für Sarah sind das »Dorf der Jugend« und seine Menschen wie eine Familie, erzählt sie. Man merkt, wie sehr ihr der Ort ans Herz gewachsen ist.

»Hier bekommt man kein vorgefertigtes Programm vor die Füße geknallt. Es heißt nicht, entweder dir gefällt das, oder dir gefällt das halt nicht und wenn es dir nicht gefällt, dann gehste halt wieder«, beschreibt Sarah. Die Jugendlichen lieben diesen Ort, an dem sie nicht wie Kinder behandelt werden. Sie haben hier Verantwortung. Viele verbringen den Großteil ihrer Zeit im Dorf, gestalten ihren Freiraum mit eigenen Ideen. »Irgendwann meinten die Skater*innen, sie bräuchten einen Skatepark und dann haben wir eben einen gebaut«, erzählt Sarah. In der Tat

ist es beeindruckend, was die Jugendlichen alles selbst gestemmt haben: Unter Anleitung von Expert*innen haben sie unter anderem ein Containercafé errichtet, einen Grillplatz gepflastert, Fenster verglast, Bühnen gebaut und einen Hühnerkäfig gezimmert.

»Im Vergleich zu anderen Angeboten holt unser Projekt die Jugendlichen mehr ab«, meint Sarah, und Carolyn wirft ein: »Vor allem machen die Jugendlichen hier die Angebote ja auch selbst.« Ein Projekt, auf das hier alle besonders stolz sind, ist das »Crossover-Festival«. Am letzten Augustwochenende fand es zum 14. Mal statt und wurde, wie alles im Dorf, von den Jugendlichen selbst organisiert. Sie kümmerten sich um Workshops, Aktivitäten und Vorträge. Eigentlich rechneten sie mit rund 400 Besucher*innen, tatsächlich kamen knapp 1.000 – vielleicht auch, weil das »Crossover« komplett kostenlos ist. »Wir wollen nicht, dass Geld für Jugendliche ein Hindernis darstellt«, erklärt Sarah.

2014 pachtete Tobias Burdukat, der damalige Sozialarbeiter, die Fabrik und das zugehörige Gelände am Stadtrand von Grimma und überließ es größtenteils den Jugendlichen, das Areal nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Seit 2016 ist der »Förderverein für Jugendkultur und Zwischenmenschlichkeit e.V.« Pächter des Geländes. Die Jugendlichen finanzieren das Dorf durch ein Containercafé.

Als sich der Trägerverein des »Dorf der Jugend« 2019 als freier Träger der Jugendarbeit anerkennen lassen wollte, stand vor allem Burdukat in der Kritik. Außerdem nahmen die Verantwortlichen des Jugendamts Anstoß daran, dass auf die Toiletten des Jugendtreffs »Kacken ist wichtiger als Deutschland« gemalt ist. Auch ein »FCK AFD«-Sticker störte sie. Zeitweise schien es, als stünde das ganze Projekt auf der Kippe. Bis tief in die Nacht wälzte Sarah damals das erste Mal in ihrem Leben das Sozialgesetzbuch, um zu verstehen, worum es hier geht und um eine sachliche Auseinandersetzung mit den zuständigen Behördenmitarbeiter*innen führen zu können. »Was uns damals so wütend gemacht hat, ist, dass zwar immer über uns geredet wurde, doch nie mit uns«, erklärt sie. Das sei damals eine »super emotionale und bedrückende Zeit« gewesen. In der aussichtslosen Lage entschieden die Jugendlichen, die Öffentlichkeit zu suchen. Das zeigte Wirkung. Inzwischen ist das Dorf als freier Träger anerkannt. Die Sozialarbeiter*innen-Stelle ist jedoch noch nicht gesichert. Tobias Burdukat hat sich mittlerweile als Sozialarbeiter aus dem Dorfprojekt zurückgezogen. Nun begleitet Carolyn das Projekt.

Gemeinsam mit anderen Stiftungen würdigt die Amadeu Antonio Stiftung das Engagement der Jugendlichen mit dem Sächsischen Förderpreises für Demokratie 2019. Von Kira Ayyadi



Die Jugendlichen finanzieren das Dorf mit einem selbstverwalteten Containercafé. © Dorf der Jugend

Gamification, Imageboards, 8chan? Fragen und Antworten zu Rechtsterrorismus im Netz

Gamer*innen spielen über Grenzen hinweg und nutzen verschiedenste Plattformen, um sich auszutauschen. Rechtsextreme kapern diese Kommunikations- und Organisationsformen für ihre politischen Ideen. Aber wie funktioniert das? Viet Hoang von der Amadeu Antonio Stiftung beschäftigt sich mit Hass in Gaming-Communities und antwortet auf die brennendsten Fragen.

Der Attentäter von Halle streamte seine Tat live auf der Plattform Twitch, die Anschläge von Christ Church und El Paso wurden auf dem Imageboard 8chan angekündigt. Wie funktionieren diese Plattformen und was ist daran so gefährlich?

Twitch ist ein Live-Streaming-Portal von und für Gamer*innen und funktioniert ähnlich wie YouTube. Die große Besonderheit: Zuschauer*innen können über den Chat und Emojis live mit den Streamer*innen in Kontakt treten und auf das Video reagieren. Jede*r Streamer*in ist für die Moderation der eigenen Kanäle zuständig, dies führt zu einer Vielzahl an Moderationsstrategien. Einige Streamer*innen setzen ganz bewusst auf diskriminierende, rassistische und verletzende Sprache und moderieren entsprechend wenig bis gar nicht. Diese Chats wimmeln nur so von Rassismus und Beleidigungen.

Imageboards sind aufgebaut wie simple Internetforen, auf denen Bilder geteilt werden. Das mittlerweile gelöschte Imageboard 8chan funktioniert nach genau dem gleichen Prinzip: Der Gründer bewarb die Plattform als Ort ohne Moderation – ein Paradies für toxische Sprache, Rassismus, Frauenhass und Gewalt.

Wenn von einer »Gamification« rechten Terrors die Rede ist – was ist damit gemeint?

»Gamification« beschreibt die Verflechtung von Spielelementen mit anderen Bereichen des Lebens. Prozesse sollen dadurch spaßiger werden, zum Beispiel geben kleine Geräusche oder Animationen eine positive Rückmeldung bei Erfolgen, sogenannten »Achievements«. Damit wird die Motivation gesteigert – wie in einem Spiel. Der Täter in Halle hat gezielt an die Spieleästhetik angeknüpft. Sein Pamphlet erinnert an eine Spieleanleitung, inklusive einer Liste von »Achievements«, die beschreibt, wie und welche Menschen getötet werden sollen, das Bonusachievement lautet: »Nicht sterben«.



Als digitaler Straßensozialarbeiter ist Viet Hoang gegen Hass im Netz unterwegs. © Martin Neuhoef

Haben wir es mit einer neuen Form des Rechtsterrorismus zu tun?

Das Rechtsextreme verhalten, an Jugendkultur anzuknüpfen, ist ein alter Hut. Laut der »Kinder, Internet, Medien«-Studie 2018 spielen fast alle Jugendlichen regelmäßig Games und nutzen Social Media. Da ist der Schritt hin zu einer Gaming-Ästhetik für rechte Gewalt nicht überraschend.

Was gehört zur Kommunikationsstrategie dieser »neuen« Rechtsterroristen?

Die Inhalte der »Neuen« Rechten gleichen denen der »alten« Rechten, aber die Art der Kommunikation hat sich grundlegend geändert. Ziel der »neurechten« Strategie ist es, möglichst harmlos zu wirken. Das Bild des stumpfen Glatzen-Nazis und ein positiver Bezug auf den Nationalsozialismus werden vermieden. Stattdessen werden rechtsextreme Narrative in vermeintlich unverfängliche Themen wie Naturschutz, Mode oder Musik verpackt.

Worauf müssen wir achten, um rechtsextreme Ideologien nicht zu reproduzieren?

Das Ziel der »Neuen« Rechten ist eine systematische kulturelle Unterwanderung des Diskurses, um den Diskurs an sich abzuschaffen. Mit rechts-extremer Ideologie aufgeladene Begriffe und Bilder dürfen deshalb nicht unkommentiert und unreflektiert übernommen werden. Denn das ist jedes Mal ein Erfolg für die rechtsextreme Szene.

Mission: Entschwörung

Gleichstellung, Emanzipation, Minderheitenrechte: »Der sogenannte »weiße Mann« gibt heute nicht mehr selbstverständlich den Ton an, das lässt sich nicht so leicht verdauen – deswegen versucht er alles, um die Vorherrschaft auf dem Planeten zu behalten.« Benjamin Winkler steht in einem Konferenzraum, eine halbe Autostunde von Leipzig entfernt, und schult Menschen, die in ihrem Arbeitsalltag regelmäßig auf »Reichsbürger« treffen: Beschäftigte in den Meldeämtern, Ausländerbehörden und Gewerbeämtern Nord-sachsens. Heute nehmen sie an einer Fortbildung der Amadeu Antonio Stiftung teil. Mit deren Projekt »Entschwörung jetzt!« tourt Winkler seit Sommer 2018 durch ganz Sachsen. Vor Ort spricht er mit Gewerkschaftler*innen, Feuerwehrleuten, Parteimitgliedern, Beschäftigten in Wohlfahrtsorganisationen, aber auch Verwaltungsangestellten über Reichsideologie und die Verschwörungserzählungen, die sich hinter ihr verbergen.

Einfache Erklärungen, klare Feindbilder

Warum haben Verschwörungserzählungen zur Zeit Hochkonjunktur? Die Gründe dafür sind simpel: Mithilfe von Sozialen Netzwerken und Plattformen können Verschwörungsideolog*innen ihre Vorstellungen schneller verbreiten. Die kruden Ideen liefern einfache Erklärungen für komplexe Entwicklungen – ob beim Thema Klimakrise, Globalisierung oder Geschlechtergerechtigkeit. Mit Erzählungen wie »die da oben entscheiden über uns hinweg« schwört man sich als Gruppe ein, wertet andere ab und benennt klare Feindbilder. »Das macht Verschwörungsideologien so gefährlich«, warnt Winkler: »Wenn man zum Beispiel ein ethnisch »reines« Deutschland zum Ziel hat, ist es natürlich hilfreich, mit der Erzählung vom »Großen Austausch« zu suggerieren, dass eine Verschwörung gegen die eigene Bevölkerung im Gange sei.« Zu den Feindbildern gehören Politiker*innen, Migrant*innen, Feminist*innen und nicht zuletzt Jüd*innen – denn in letzter Konsequenz laufen beinahe alle Verschwörungserzählungen auf das uralte antisemitische Bild des Strippenziehers hinaus.

Die Verwaltungsbeamten erzählen von Klient*innen, die ihre Pässe zurückgeben wollen und ausfallend werden. Andere finden Videos ihrer Sprechstunden im Netz wieder, als »gelungenes Beispiel« dafür, wie Vertreter*innen der »BRD GmbH« am besten beizukommen sei. Sie berichten auch über Verschwörungsdanken in ihrem

persönlichen Umfeld – und Ratlosigkeit: Was tun, wenn der nette Nachbar von nebenan plötzlich von einer vermeintlichen »jüdischen Weltverschwörung« überzeugt ist?

Die Erfahrungsberichte treffen bei Benjamin Winkler auf offene Ohren. »Man muss zuerst für sich selbst klären, was man erreichen möchte«, empfiehlt er. »Geht es mir darum, herauszufinden, was die Person antreibt? Will ich mit ihr in Kontakt bleiben oder ziehe ich einen Kontaktabbruch in Erwägung?« Erst dann kann eine souveräne Entscheidung getroffen werden – zum Beispiel deutlich zu widersprechen oder gar die Person anzuzeigen.

Im Grundgesetz steckt die Antwort

Wie trete ich selbstbewusst auf? Welche Kommunikationsstrategien funktionieren? Häufig bewegen die Teilnehmenden ganz praktische Fragen, aber auch Benjamin Winkler hat Fragen. Was sie mit dem Grundgesetz verbinden, will er von den Verwaltungsangestellten wissen. »Nur wenige von ihnen identifizieren sich mit den Werten des Grundgesetzes. Das ist schade, denn es ist als Gegenentwurf zum Nationalsozialismus entstanden und bietet so viele Antworten auf Ideologien der Ungleichwertigkeit«, bedauert er. In Entschwörungsmission unterwegs zu sein, bedeutet für ihn auch, gerade unter Beschäftigten der Verwaltung für die Identifikation mit der Demokratie und der Verfassung zu werben: »Diesen Schatz dürfen wir uns nicht nehmen lassen!«

Von Franziska Schindler



Mit ihren Forderungen richten sich Verschwörungserzählungen gegen liberale Demokratien und die universellen Menschenrechte. Aber was dagegen tun? Hilfe beim Argumentieren bietet unsere praktische Broschüre »Wissen, was wirklich gespielt wird...«. Im Hosentaschenformat haben wir populäre Verschwörungserzählungen zusammengestellt. Wir decken die in ihnen enthaltenen Widersprüche, Lügen und Desinformationen auf und begeben ihnen mit Fakten.

Sie wollen Taten sehen

Im Sommer 2016 betritt der Bundeswehr-Oberleutnant Franco A. die Tiefgarage eines Bürogebäudes in Berlin. Er fotografiert die Kennzeichen der geparkten Autos und fertigt eine Skizze der umliegenden Straßen an. In seinem Notizbuch finden Beamte des BKA später neben den Namen von Heiko Maas und Claudia Roth auch den von Anetta Kahane, der Vorsitzenden der Amadeu Antonio Stiftung. Deren Büro befindet sich nur zwei Stockwerke über der Tiefgarage.

Der Fall Franco A. reiht sich ein in eine Serie rechtsterroristischer Gruppen und Pläne. Von der »Old School Society«, die im Jahr 2015 Anschläge auf Geflüchtetenunterkünfte plante, der »Gruppe Freital«, die solche im selben Jahr durchführte, bis zur »Revolution Chemnitz«, die 2018 rassistische Morde vorbereitete – die Liste ist noch deutlich länger. Im Juni 2019 wurde der Politiker Walter Lübcke durch einen Rechtsextremen in Kassel ermordet, im Oktober erschoss ein Rechtsextremer Jana L. vor der Synagoge von Halle und anschließend Kevin S. in einem Döner-Imbiss. Sein geplanter Massenmord in der Synagoge scheiterte nur, weil die Tür von innen verriegelt war.

Im Hass vernetzt

Wer verstehen will, warum Rechtsextreme nur wenige Jahre nach dem Auffliegen des NSU wieder bundesweit morden, muss nicht tief in konspirativer Szene-Kommunikation wühlen. Ein Blick in öffentliche Chatgruppen mit Namen wie »Patrioten in Deutschland« mit tausenden Mitgliedern offenbart den ideologischen Boden dieser Taten. Da werden NS-Größen gefeiert und Dokumente getauscht mit Namen wie »Handbuch zum Selbsterhalt von Dir und Deinem Volk« mit konkreten Feindbildern von »Asyllobby« bis »Migrantengangs«. Der Tenor in den Chatgruppen: Es sei zwar gut, dass die AfD in den Parlamenten vertreten ist. Doch die politische Wende bleibe aus. Wenn der Weg durch die Parlamente nicht fruchte, müssten Taten folgen.

Auch Franco A. bewegte sich in rechtsextremen Chats. Recherchen der taz deckten dahinter ein Netzwerk von Gruppen auf, in denen sich Soldaten und Mitarbeitende von Sicherheitsbehörden organisierten. Sie bereiteten sich auf einen »Tag X« vor, an dem die Staatsordnung zusammenbrechen würde, legten Waffenlager an, sammelten Informationen über Politiker*innen und »linke Aktivisten«.

Ähnlich konkret sind die Handlungsanweisungen, die auch in anderen Chatgruppen geteilt werden und zum sogenannten »Führerlosen Widerstand« anleiten. Das jahrzehntealte und aus den USA stammende Konzept, das Einzeltäter und Kleingruppen zu unabhängigen Anschlägen aufruft und bewusst auf Befehlsstrukturen verzichtet, erfährt in den letzten Jahren neue Konjunktur.

Sie wollen Helden werden

Neben dem Attentäter von Halle folgten auch die Rechtsterroristen von Utøya und Christchurch dieser Idee und verbreiteten eigene »Manifeste«. Düstere Zukunftsszenarien vom »Untergang des Volkes« sollen die Selbstjustiz rechtfertigen. Wer es ernst meine mit seiner »Liebe zum Vaterland« müsse handeln, wenn nötig mit Gewalt. Die selbst ernannten »politischen Soldaten« filmten ihre Taten live. Sie wollten nicht nur andere animieren, sie wollten Helden werden.

Ein Nutzer schreibt in der Kommentarspalte einer Tageszeitung: »Eigentlich hätte Franco A. einen Orden verdient, weil er ähnlich wie der Hauptmann von Köpenick die Gutgläubigkeit und Folgsamkeit der Behörden offenbarte!« Ein Freund von Franco A. bestätigt: Der Soldat habe gedacht, er bekomme einen Orden für seinen Dienst für die Heimat.

Bei Rechtsextremen ist die Tat immer zugleich Botschaft. Ob gegen Migrant*innen, Politiker*innen oder zivilgesellschaftlich Engagierte – Hetze, Drohungen und Anschläge sollen vermitteln: Wir wissen, wer und wo ihr seid. Und ihr seid nirgends sicher. Die Botschaft wird gehört: Schon nach den ersten NSU-Morden vermuteten Migrant*innen ein rassistisches Motiv, trotzdem wurden die Täter im Umfeld der Opfer gesucht. Jüd*innen und Migrant*innen sind nach Halle zutiefst verunsichert, Politiker*innen nehmen Drohungen nach dem Mord an Walter Lübcke deutlich ernster. Mantraartig wiederholen Politik und Sicherheitsbehörden, Taten wie diese seien bis dahin unvorstellbar gewesen. Fakt ist: Rechter Terror ist nicht nur vorstellbar, er findet statt und wird in rechtsextremen Kreisen jeden Tag weiter vorbereitet.

Im Dezember 2017 reicht die Bundesanwaltschaft Klage wegen des Verdachts der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat gegen Franco A. ein. Das Oberlandesgericht Frankfurt kommt zu dem Ergebnis, dass dieser »die Anwendung von Gewalt einschließlich der Tötung eines hochrangigen Politikers und [...] einer Menschenrechtsaktivistin ernsthaft in Betracht gezogen« habe, aber ein hinreichender Tatverdacht fehle. Gemeint ist Anetta Kahane. Die Bundesanwaltschaft legt Beschwerde gegen die Entscheidung ein. Im November 2019, fast zwei Jahre später, lässt der Bundesgerichtshof die Terroranklage zu. Bis heute ist Franco A. auf freiem Fuß. Von Robert Lüdecke

»Mein Vertrauen in den Rechtsstaat ist nicht mehr besonders groß«



»Es bringt nichts, verbittert zu sein. Man muss einfach weitermachen.« – Seda Başay-Yıldız im Interview

Die Frankfurter Anwältin Seda Başay-Yıldız vertrat im NSU-Prozess die Familie des ermordeten Enver Şimşek. Seit August 2018 erhielt sie zahlreiche Drohbriefe, die mit »NSU 2.0« unterzeichnet wurden. Ihre Daten waren zuvor von einem Frankfurter Polizeicomputer abgerufen worden. Ein Interview über die Aufarbeitung des NSU-Komplex, Rechtsextreme in der Polizei und Vertrauen in den Rechtsstaat.

Frau Başay-Yıldız, die Urteilsverkündung im NSU-Prozess ist inzwischen über ein Jahr her. Wie denken Sie heute daran zurück?

Eigentlich versuche ich, gar nicht daran zurückzudenken, weil der Tag der Urteilsverkündung für mich und meine Mandanten ein schwerer Schlag war. Wir hatten mit dem Urteil und der anschließenden mündlichen Urteilsbegründung so nicht gerechnet. Das Gericht hat den NSU als abgeschottetes Trio dargestellt und die Angeklagten André E. und Ralf W. zu niedrigen Strafen verurteilt. Dass heute bis auf Beate Zschäpe keiner der Hauptakteure noch in Haft ist – das war für uns so nicht zu erwarten.

Die Aufklärung ging im letzten Jahr nicht wirklich weiter...

Die Aufklärung hat auch im Prozess schon nicht stattgefunden, weil unsere Aufklärungsbemühungen seitens des Generalbundesanwalts und anderer Behörden verhindert wurden, insbesondere wenn es um die Akteneinsicht ging. Man hat so viel versprochen im Vorfeld, und keines dieser Versprechen wurde eingehalten. Und man sieht an den Anschlägen in den letzten Monaten, dass die Gefahr von rechts nach wie vor unterschätzt wird.

Ist der rechte Terror von heute Resultat mangelnder Aufklärung im NSU-Komplex?

Sagen wir so: Die Netzwerke um den NSU in einzelnen Bundesländern wurden in Abrede gestellt und nicht durchleuchtet. Jetzt tritt ans Tageslicht, dass Akteure, die schon in den NSU-Verbrechen eine Rolle spielten, wieder auftauchen – im Zusammenhang mit dem Mord an Walter Lübcke. Das sollte zu denken geben.



Ein Programm so vielfältig wie der Bezirk: Vom Swingtanzworkshop bis zum postkolonialen Stadtspaziergang war beim Festival »Offenes Neukölln« so einiges geboten. © Bündnis Neukölln

mich: Sind wir eigentlich noch ein Rechtsstaat oder lassen wir es zu, dass Rechtspopulisten dazu beitragen, dass wir unsere Grundwerte außer Kraft setzen? Für mich als Juristin ist diese Entwicklung jedenfalls schwer zu akzeptieren. Ich bin sehr oft frustriert. Vielleicht auch, weil ich aufgrund meiner beruflichen Tätigkeit häufiger als andere damit konfrontiert werde. Es bringt aber nichts, aufzugeben oder verbittert zu sein. Man muss einfach weitermachen.

Sie sind zunehmend ins Visier von Rechtsextremen geraten. Verändert das Ihren Alltag?

Ich bin aufmerksamer und vorsichtiger geworden, aber sonst ändert sich mein Alltag nicht. Ich habe vor niemandem Angst, schon gar nicht vor Personen, die sich hinter irgendwelchen anonymen Emails oder Faxen verstecken.

Die Drohungen gegen Sie gehen ja vermutlich von Rechtsextremen im öffentlichen Dienst aus. Was bedeutet das für einen demokratischen Staat?

Wir müssen uns auf die Behörden und insbesondere auf unsere Polizeibeamten, die einen Eid auf unsere Verfassung geschworen haben, verlassen können. Wenn Teile der Bevölkerung sich nicht mehr von unseren Sicherheitsbehörden geschützt wissen, ist unsere Demokratie gefährdet. Das dürfen wir auf keinen Fall zulassen.

Was muss getan werden, um die rechtsextreme Unterwanderung einzudämmen?

Meines Erachtens muss hart durchgegriffen werden. Personen mit verfassungsfeindlicher Gesinnung dürfen nicht als Beamte im Staatsdienst tätig sein. Sie müssen aus dem Dienst entfernt werden – also nicht nur suspendiert bleiben oder versetzt, sondern tatsächlich gekündigt werden. Solche Menschen haben nichts im Staatsdienst zu suchen.

Das Interview führte Franziska Schindler © Janine Schmitz/photothek.net



Mit mehr als 20.000 Euro hat der Opferfonds CURA im Jahr 2019 bereits Betroffene rechter Gewalt unterstützt. Solidarität macht Mut! Helfen Sie Betroffenen rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt jetzt mit einer Spende an CURA: www.opferfonds-cura.de.

Ein Festival gegen den Hass

GEFÖRDERTES PROJEKT Berlin-Neukölln gilt als lebenswerter und vielfältiger Bezirk, in dem verschiedenste Lebensrealitäten tagtäglich aufeinandertreffen. Doch dieses friedliche Miteinander ist spätestens seit einer rechtsextremen Anschlagsserie in Neukölln erschüttert. Laut der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin kam es seit 2016 zu mehr als 50 Vorfällen, darunter Brandanschläge, Drohungen und der Raub von Stolpersteinen. Die Angriffe richten sich vor allem gegen Menschen, die sich lokal gegen Rassismus und Ausgrenzung einsetzen. Viele der Betroffenen wurden seitdem vom Opferfonds CURA der Amadeu Antonio Stiftung unterstützt. Doch rechtsextreme Gewalt bleibt eine bedrückende Realität im Bezirk.

Dem will das Festival »Offenes Neukölln«, das in diesem Jahr bereits zum dritten Mal stattfand, etwas entgegensetzen. Für die Macher*innen steht fest: Der öffentliche Raum darf nicht den Rechtsextremen überlassen werden. Mit über 3.500 Besucher*innen macht sich das Festival für ein aufgeschlossenes und solidarisches Neukölln stark. Angeboten werden Workshops zum Thema Rechtsextremismus, eine Philosophie-Werkstatt für Kinder, Konzerte und vieles mehr. So schaffen die Engagierten Raum für ein offenes, lebenswertes und mutiges Neukölln, das sich nicht einschüchtern lässt.

Von Lorenz Blumenthaler